



Keupers

kritischer

Kommentar

08-02-2017

August 2017

Mehr Gerechtigkeit bedeutet nicht Gleichmacherei.

Martin Schulz fordert: „Mehr soziale Gerechtigkeit für die hart arbeitenden Menschen“, wobei die Forderung nach mehr soziale Gerechtigkeit mehr ist, mehr beinhaltet als eine „soziale Gleichmacherei“. Mehr ist, wie die von vielen liberalen und konservativen Politikern und Wirtschaftsvertretern angenommene und lautstark verbreitete These einer ökonomischen Nivellierung. Die soziale Gerechtigkeit beinhaltet neben der ökonomischen Absicherung der einzelnen Menschenschicksale, auch eine gesellschaftliche Integration, neben einer individuellen Förderung, auch den ökologischen Einklang aller Menschen mit der Natur und der Umwelt. Fazit: Die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit bedeutet eine generelle Verbesserung der Zukunftsgestaltung, der Zukunftschancen von Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Fokus zu haben! Für Martin Schulz, für die Sozialdemokratie steht mit der Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit, wie immer, der Mensch im Mittelpunkt des politischen Handelns, weniger die Interessen der Märkte.

Die Aufgabe des Staates ist es, eine soziale Sicherheit zu garantieren.

Die Bevölkerung erwartet von einem demokratischen Staat eine Art Garantie für eine solidarische soziale Sicherheit, damit sie nicht um ihre Zukunft, ja, um ihre Existenz bangen muss. Denn hinsichtlich eines allgemeinen Wohlstandsdenkens greifen die wirtschaftlichen Wachstumsversprechen der CDU viel zu kurz. Zwar bilden, gemäß von Umfragen des ipsos-Marktforschungsinstitutes und des H.W. Opaschowski Institutes in Hamburg, die Fragen eines sicheren Einkommens, der Besitz von Eigentum, keine finanziellen Sorgen zu haben, mit Umfragewerten von 79 bis 71 Prozent, die Spitzenergebnisse auf die Frage hinsichtlich eines zukünftigen Wohlergehens, aber auch die Frage eines funktionierenden und bezahlbaren Gesundheitssystems, Chancengleichheit im Bildungswesen und ein harmonisches zwischenmenschliches Zusammenleben sind für die befragten Menschen wichtige Bausteine für eine zukünftige Lebensqualität. Und so lautet ihre Forderung an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft: „Mehr Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit, mehr (medizinische) Versorgungssicherheit und mehr Sicherheit durch gesellschaftliches Miteinander!“

Egozentrität zerstört die Gesellschaft, schadet der Demokratie.

Der Neoliberalismus, der zur Zeit das politische Handeln in unserem Land bestimmt, setzt aber mehr

auf Abbau der sozialen Sicherheitssysteme und will diese durch entsprechende Privatisierungen immer mehr ökonomisieren. Seine Vorstellung ist, dass der Einzelne die „Freiheit“ bekommen soll, sein Leben, seine Zukunft allein selbst bestimmen zu können. Dass er deswegen privat die Risiken des Lebens tragen und gestalten, und er durch seine Aktivitäten ein auskömmliches und krisensicheres Auskommen erzielen muss, sich Eigentum erwirtschaftet. Es wird dabei (bewusst) ausgeblendet oder verharmlosend übersehen, dass die meisten Menschen im Lande eben nicht die Möglichkeit haben, die Chancen ihrer Lebensgestaltung unabhängig und frei gestalten zu können.

Doch das neoliberale Gedankengut ist inzwischen in den verschiedenen Schichten der Bevölkerung arg verbreitet, so dass der Slogan: „Nach mir die Sintflut“, inzwischen gang und gäbe geworden ist. In einem Artikel in der FAZ, vom 23. 05. 2017, schreiben Hanna Decker und Patrick Bernau unter anderem: „Den Deutschen sind ihre Mitmenschen ziemlich egal - Hauptsache ihr Geldbeutel klingelt. Oder eleganter formuliert: Für sie bedeutet Wohlstand in erster Linie, ihre maximalen Bedürfnisse zu befrieden - und dafür Sicherheit zu haben.“

Dass eine solche Einstellung der Zivilgesellschaft schadet, ja, die Demokratie letztendlich in Frage stellt, ist für die neoliberalen marktkonformen Kräfte in Wirtschaft und Politik im Grunde genommen nebensächlicher Art. Dabei ist bekannt, dass soziale Gerechtigkeit und eine (soziale) Demokratie zwei unzertrennliche, voneinander abhängige Strukturen sind, dass persönliche Freiheit nur in einer freiheitlichen Gemeinschaft gedeihen und existieren kann!

Darum, die Frage der (sozialen) Gerechtigkeit für die hart arbeitenden Menschen, so wie sie Martin Schulz formuliert, ist eine Forderung nach mehr Demokratie, nach mehr gesellschaftlichem Miteinander, eine Art Vision für ein politisches Handeln, in welchem die SPD einen Grundstein legt für ein Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Zukunftsfähigkeit einer (sozialen) Gesellschaft. Darum geht es am 24. September bei der Bundestagswahl!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 17. August 2017

Heinrich Keuper